

01.01.2020 - Der Herbst '89 in der DDR

Als politische Führung mit einer Perspektive für eine neue DDR hat die Opposition versagt

Gespräch mit Bernd Gehrke

Der Sieger schreibt die Geschichte. Das ist auch beim Ende der DDR nicht anders. Aus der Westperspektive hat die Öffnung der Mauer am 9. November das Ende der DDR eingeläutet, der Moment also, wo die Waren in den Osten und die Menschen in den Westen gingen. Aus Ostperspektive stellt sich die Sache ganz anders dar? da war der Mauerfall erst der Beginn des gesellschaftlichen Aufbruchs in der DDR.

BERND GEHRKE hat die damalige Zeit mitgestaltet als Mitgründer der Vereinigten Linken. Im Gespräch mit der SoZ zeichnet er Chancen und Fehler der linken Opposition in der DDR nach.

Wir wollen über die linke Opposition im Herbst '89 reden. An welcher Stelle hast du damals mitgemacht?

Ich gehörte damals zu dem kleinen Zirkel von Leuten, die die Vereinigte Linke aus der Taufe gehoben haben, der mit der Veröffentlichung der Böhlener Plattform im September '89 die Initiative dazu ergriff.

Die Idee diskutierten Thomas Klein und ich zum erstenmal schon zwei Jahre vorher. Ende '88 bildete sich dann ein aus vier Personen bestehender Kreis, der ab Januar '89 der Meinung war, das bisherige DDR-Regime gehe absehbar zu Ende, und beriet, was eine linke Strategie für eine demokratische und sozialistische DDR sein könnte. Wir wurden uns einig, dass wir eine breite Vereinigung von Linken anstreben sollten, die einerseits die organisatorischen Brüche, die es in der Opposition gab, überwinden, andererseits in der politisch bald aufbrechenden DDR-Gesellschaft den Schulterschluss mit jenen demokratischen Kräften suchen würde, die sich innerhalb und im Umfeld der SED zeigten. Durch solch eine vereinigte Linke, die nicht auf Basis ideologischer Leitsätze, sondern gesellschaftspolitischer Grundsätze zusammenarbeitete, sollte ein Rahmen abgesteckt werden, innerhalb dessen über eine sozialistische Perspektive für die DDR überhaupt diskutiert werden und sich eine künftige Ausdifferenzierung der Linken vollziehen konnte. Wegen der angestrebten Heterogenität konnte das nur eine dezentrale politische Bewegung sein, keine zentralistische Partei, das war von vornherein das Anliegen der Böhlener Plattform.

Haben da alle mitgemacht?

Leider nein. Wir vier waren an unterschiedlichen Stellen aktiv. Thomas Klein war ein bekannter Kopf der Gruppe «Gegenstimmen», die sich als linker Gegenpol zur «Initiative für Frieden und Menschenrechte» gegründet hatte, die eher rein menschenrechtlich argumentierte und in der auch Leute waren, die engen Kontakt zur Westpresse suchten. Zu uns gehörte aber auch Herbert Mißlitz, eine bekannte linke Figur der TotalverweigerInnen, außerdem vertrat er die trotzkistische «Gruppe Demokratischer SozialistInnen». Als linker Flügelmann der Initiative Frieden und Menschenrechte war aber auch Ibrahim (Manfred) Böhme dabei. Dass er ab dem Sommer 1989 zum Kopf der sich gründenden Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP) wurde, macht schon deutlich, dass manches ziemlich anders lief, als von uns verabredet. Dass er noch später als Stasi-Agent enttarnt wurde, erklärt dann natürlich vieles.

Ich selbst hatte ein anderes Aktionsfeld, ich gehörte zu einem Gesprächskreis von Leuten im Hintergrund der offenen Opposition, die von den ehemaligen oppositionellen marxistischen Zirkeln aus den 70er Jahren übriggeblieben waren und enge Kontakte zu Personen der Friedensbewegung hatten.

Da waren auch Oppositionelle aus der SED dabei?

Leute aus der SED und aus dem Umfeld. Wir kamen fast alle aus dem SED- bzw. SED-nahen intellektuellen Oppositionsmilieu der 70er Jahre. Die politisch-organisatorische Ausdifferenzierung dieses Kreises im Herbst 1989 in Neues Forum, Vereinigte Linke und SED/PDS macht schon deutlich, dass die von uns beabsichtigte Vereinigung der Linken in *einer* selbständigen Organisation gescheitert war. Das Gros der DDR-Linken stand außerhalb der sich gründenden Vereinigten Linken.

Weshalb hast du dich in diesem Umfeld engagiert?

Ich war der Meinung, dass wir mit den wenigen, moralisch integren, aber politisch und fachlich kümmerlich ausgestatteten Oppositionellen keine relevante linke Opposition starten konnten, die das künftige politische Rückgrat einer demokratischen DDR zu bilden in der Lage gewesen wäre, sondern dass wir dafür unbedingt Leute aus der SED brauchten. Die SED hatte schließlich das politische Monopol und damit auch relevante Teile von intellektueller Kompetenz monopolisiert. Das war ein strategisch relevantes Problem. Denn die Opposition bestand ja zu großen Teilen aus Schul- und

StudienabbrecherInnen oder AussteigerInnen und TheologInnen. Junge Leute, die sich kritisch engagierten, flogen aus der Ausbildung raus.

Eine strategische Überlegung im Vorbereitungskreis war deshalb, beide Enden politisch und organisatorisch zusammenzufügen, also nicht nur Ibrahim Böhme vom linken Flügel der Initiative für Frieden und Menschenrechte im Vorbereitungszirkel zu haben, sondern sich auch nach demokratischen Kräften in der SED und den Staatsstrukturen umzuschauen.

Ich war deshalb dem Kulturbund beigetreten, um dort eine Art Plattform für die Leute zu schaffen, die kritisch im Staatsapparat, im SED-Umfeld waren, die aber nicht zur Kirchenopposition gehen konnten, ohne ihren Job zu verlieren. Dabei stieß ich darauf, dass sich unter dem Dach des Kulturbunds inzwischen längst eine oppositionelle Strömung entwickelt hatte mit den Stadtökologie-Gruppen in der «Gesellschaft für Natur und Umwelt».

Wie kam es dann konkret zur Böhleener Plattform bzw. zur Vereinigten Linken?

Wir wollten uns eigentlich schon im Juni treffen, um einen Aufruf zur Gründung der Vereinigten Linken zu verkünden. Wir gingen davon aus, nachdem die Ungarn im Frühjahr angekündigt hatten, sie würden die Grenze öffnen, dass mit der Urlaubszeit im Sommer die Situation in Ungarn eskalieren werde? das ist ja dann auch passiert. Wir wollten mit einem Aufruf im Juni als Linke die ersten sein, die eine politische Initiative gegen die SED-Diktatur eröffneten. Doch Ibrahim Böhme konnte im Juni immer nicht. Im Juli erfuhren wir aus den Westmedien, dass er maßgeblich an einem Aufruf für die Gründung einer Sozialdemokratischen Partei der DDR beteiligt war. Später haben wir uns das dann natürlich zusammengereimt, als wir von seiner Stasi-Tätigkeit erfuhren. Durch diese Verzögerung kam unser Aufruf erst Anfang September zustande.

Doch es kam noch schlimmer. Am 9. und 10. September formulierte ein kleiner Initiativkreis von lediglich fünf Personen entgegen der verabredeten erweiterten Einladung die Böhleener Plattform. Ibrahim Böhme war nicht erschienen. Außer Thomas, Herbert und mir kamen mit Annett Seese und Mathias Kramer lediglich zwei von Herbert eingeladenen Studis aus Leipzig. Zum Glück war wenigstens eine Christin dabei, da wir ja auch christliches Oppositionsvolk ansprechen wollten. Ich selbst hatte zwar um mich herum inzwischen eine wirkliche Bewegung, aber ich kannte die Leute noch nicht so gut, dass ich sie zu einem konspirativen Treffen hätte einladen können. Ein Schlag in die Magengrube war dann, dass wir, kaum nach Hause zurückgekehrt, über Radio und Fernsehen die Nachricht vernahmen, dass Bärbel Bohley und andere öffentlich das Neue Forum gegründet hatten. Deren Positionen fanden via Westmedien natürlich weite

Verbreitung, während wir noch einen konspirativen Weg bis zur Veröffentlichung vor uns hatten.

Unser weiterhin konspiratives Vorgehen hing allerdings auch damit zusammen, dass wir bei dem bevorstehenden Ende der SED-Diktatur mit einem Militärputsch rechneten. Das wiederum hing mit einer weiteren Fehleinschätzung zusammen: Ich konnte mir damals nicht vorstellen, dass die Sowjets ihren vorgeschobenen Posten DDR so billig verschenken oder verkaufen. Ich lebte immer noch in der Vorstellung vom Anfang der 50er Jahre: Die Sowjets werden eine bürgerlich-demokratische Entwicklung in der DDR zulassen, solange sie die militärische Kontrolle behalten. Solange gibt es auch Spielräume für uns, das Ruder herumzureißen, insbesondere dann, wenn die soziale Frage virulenter wird ? was sie dann unter dem Regime der Treuhand auch wurde. Aber da war der Zug schon abgefahren.

Kurzum: Nicht nur unser Zeitplan, auch die Initiative für eine organisierte politische Bewegung einer breiten Linken, die sich für eine demokratische und sozialistische DDR engagiert, war gescheitert.

Unser Aufruf wurde dann über konspirative Wege verteilt. Thomas Klein übernahm die Aufgabe, «Gegenstimmen» für den Aufruf zu gewinnen und zu einem ersten öffentlichen Treffen einzuladen, was auch geschah. Das Treffen kam am 2. Oktober in der Berliner «Kirche von unten» zustande. Die noch heute kolportierte Behauptung von Leuten am Rande der VL, die Böhlener Plattform sei in der Gruppe Gegenstimmen entstanden, ist also völlig falsch. Das gilt auch für die nachfolgende Erklärung, in der wir das «Dialog-Angebot» von Krenz und Co. zurückwiesen und den Rücktritt des Politbüros forderten.

Das Treffen am 2. Oktober wurde jedenfalls zum Auftakt für ein DDR-weites Treffen für eine Vereinigte Linke am 25. und 26. November 1989. Dieses Treffen ist dann grandios gescheitert, weil linksradikale Sektierer hinter einer gemeinsamen DDR-weiten Adresse oder einem gemeinsamen Büro gleich den Auftakt für die Gründung einer zentralisierten marxistischen Partei sahen. Einige behaupten solchen Unsinn über die VL bis heute, obgleich ein einziger Blick in das Statut der dann im Januar doch entstandenen VL zeigt, dass sie eher die Struktur einer anarchistischen Föderation hatte, mit einem SprecherInnenrat, der sich aus regional und basisdemokratisch gewählten SprecherInnen zusammensetzte.

Diejenigen, die wirklich eine Partei gründen wollten, kamen nicht aus dem Initiativkreis, sondern aus der SED. Wie auf der anderen Seite die punkigen Lifestyle-Anarchos verließen sie den «Chaotenhaufen» und gründeten umgehend die marxistische Partei «Die Nelken». Mit ihr arbeiteten wir später zusammen, weil ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen mit unseren viele Übereinstimmungen aufwiesen.

Die Dynamik des Aufbruchs kam dann ja sehr schnell zum Halten. Zu welchem Zeitpunkt siedelst du das an, zum Zeitpunkt des Mauerfalls oder schon vorher?

Weder noch. Die meisten setzen das mit dem Mauerfall gleich, aber das ist Unsinn. Mit der Dynamik meinst du ja die emanzipatorische Phase. Die wurde überhaupt nicht mit dem Mauerfall gestoppt, im Gegenteil. Bis Dezember stand im Vordergrund der Bewegung die Abschaffung des alten parteidiktatorischen Regimes. Am 3. Dezember wurde der Verfassungsartikel über die führende Rolle der SED gestrichen, Egon Krenz trat als Staatsratsvorsitzender zurück und am 6. Dezember begann der Zentrale Runde Tisch zu arbeiten. Der Runde Tisch war Ausdruck des Kräfteverhältnisses vom Herbst '89. Paritätisch zusammengesetzt, wurde dort beschlossen, freie Wahlen durchzuführen und einen demokratischen Verfassungsentwurf für die DDR auszuarbeiten. Bis Dezember war die Phase der Abschaffung des SED-Regimes, da stand die Abschaffung der Stasi, der Kampfgruppen, des SED-Monopols usw. im Vordergrund.

Als die Mauer fiel und die SED abtreten musste, da begannen in Wirklichkeit erst die breiten kreativen Prozesse der Selbstorganisation über die Gründung politischer Organisationen hinaus. Das war auch der Zeitpunkt, wo der Funke auf die Betriebe übersprang. Denn gleichzeitig mit dem Mauerfall setzte eine Art wilde Marktwirtschaft ein. Händler, Schwarzgeld, all diese Sachen kamen in Gang. Die Betriebsdirektoren suchten Partner im Westen, die hatten keine Kontrolle mehr von oben, hatten aber auch keine von unten, weil es ja keine Interessenvertretungen gab. Und plötzlich kamen lauter schwarze Daimler und BMWs auf die Betriebshöfe, die Leute wurden unruhig, was passiert mit uns, die ersten Kombinatdirektoren dachten laut über Rationalisierungen und Betriebsschließungen nach ? d.h. es zog zum ersten Mal soziale Angst ein, was die DDR-Bevölkerung nicht kannte. Ende November setzte ein Schub zur Gründung betrieblicher Interessenvertretungen ein, der in den Folgemonaten andauerte.

Da entstanden aber auch viele andere zivilgesellschaftliche Initiativen wie der Unabhängige Frauenverband. Die KünstlerInnen diskutierten jetzt, wie wollen wir die Verbände und den künstlerischen Betrieb demokratisch gestalten? In Institutionen aller Art vom Gesundheitssektor bis zu den Medien entstanden Runde Tische o.ä., die sich diesen Fragen zuwandten, um eine wirklich demokratische DDR zu gestalten. Da konnten die Leute sich kreativ entfalten, die später zu Millionen abgewickelt wurden. Schließlich haben die Autonomen auch erst nach dem 9. November das Gros der Häuser besetzt.

Gibt es eindeutige Indizien für deine Einschätzung?

Ja, durchaus. Die letzten beiden Ausgaben des *Spiegel* im Jahr 1989 hatten die erste seriöse Meinungsumfrage in der DDR veröffentlicht. Sie war in den ersten beiden Dezemberwochen im Auftrag von *Spiegel* und ZDF von der Forschungsgruppe Wahlen zusammen mit Soziologen der Akademie der Wissenschaft der DDR erstellt worden. Da wurden bereits Fragen zur deutschen Einheit gestellt, weil auf den ersten Montagsdemos nach dem 9. November die ersten Forderungen «Deutschland einig Vaterland» aufgetaucht waren. Es zeigte sich, dass über 70 Prozent der DDR-BürgerInnen für eine gründlich reformierte, demokratische DDR plädierten. Eine Frage war noch interessanter, die lautete: «Was glauben Sie, was in zehn Jahren sein wird. Wird es noch zwei deutsche Staaten geben?» 44 Prozent hatten so etwas wie eine Konföderation im Kopf, also die Vorstellung, die DDR werde selbständig bleiben, aber eine gemeinsame Klammer mit der BRD finden. 20 Prozent sagten, es bleibt so wie bisher, beide Staaten gehen völlig getrennte Wege, und 22 Prozent meinten, es wird nur noch einen Staat geben. Das war in der ersten Dezemberhälfte, einen Monat nach dem Mauerfall.

Im Herbst '89 stand die DDR-Opposition mit ihren Vorstellungen eines demokratischen Sozialismus an der Spitze des Aufbruchs ? das passte zur Stimmung in der Bevölkerung.

Der Kipppunkt kam am Jahresende?

Ja. Und da kam vieles zusammen. Da war einmal die soziale Unsicherheit, die durch den Mauerfall befeuert wurde. Dazu kam, dass am Jahresanfang 1990 aus der BRD-Presse jeden Tag immer neue Meldungen kamen über den ökonomischen Untergang der DDR, die DDR sei pleite, das spitzte sich im Februar zu. Da setzte eine massive soziale Perspektivlosigkeit bei den Leuten ein.

Und der Akteur BRD trat verstärkt in Erscheinung.

Der trat verstärkt in Erscheinung, und zwar in dem Moment, als der Runde Tisch sagte, dass im Mai Wahlen stattfinden sollten. Da fingen genau die, die auf westliche Partner setzten ? vor allem die SDP/SPD ? an, Wahlkampf mit Hilfe ihrer Größen aus dem Westen zu machen, die sie in die DDR holten und auf die Marktplätze stellten, wie Willy Brandt. Kohl, Genscher usw. zogen nach.

Doch die westliche Präsenz allein erklärt relativ wenig. Wichtiger war folgendes: Nachdem der Runde Tisch zustande kam, begann ein Machtkampf zwischen der Regierung Modrow und der Opposition um die Frage der Zukunft der Staatssicherheit.

Als Anfang November Regierung und Politbüro zurückgetreten waren, bildete sich am 14. November eine sog. unabhängige Regierung unter Modrow, der als Reformler galt. Diese beschloss ganz viel von dem, was auf den Straßen während der «Oktoberrevolution» gefordert worden war. Dazu gehörte auch die Auflösung der Betriebskampfgruppen, die lösten sich aber nicht von selber auf, es war tatsächlich eine Bewegung in den Betrieben notwendig, um ihnen den erforderlichen Tritt zu geben, das erkennt man immer, wenn man die Betriebe ausblendet. Und dazu gehörte die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit.

Sie wurde von Modrow auch verkündet, im gleichen Atemzug kündigte er jedoch eine Nachfolgeeinrichtung an, ein Amt für nationale Sicherheit. Also ging der Kampf weiter. Die Opposition erklärte: Ihr seid nur eine geschäftsführende Übergangsregierung, bis zu freien Wahlen habt ihr überhaupt keine Grundsatzfragen zu entscheiden, das kann erst eine demokratische Regierung. Das hat Modrow aber nicht interessiert, er hat weiter daran gearbeitet, eine Nachfolgeeinrichtung zu schaffen. Jetzt kam von unten in den Bezirken eine Bewegung in Gang, die Stasigebäude zu besetzen, die letzte war der Sturm auf das Stasi-Hauptquartier in Berlin am 15. Januar. Unter dem Druck der Straße und der Betriebe verzichtete die Regierung auf ein Amt für nationale Sicherheit, aber jetzt wurde die Forderung nach einem Verfassungsschutz aufgestellt. Modrow boykottierte die Opposition, und bis Mitte Januar entwickelte sich am Runden Tisch ein Machtkampf.

Gleichzeitig startete die SED/PDS eine Offensive. Die war am Jahresende 1989 völlig in der Defensive, es gab ein paar neue Gesichter, Gysi, ein völlig neuer Typus, gar nicht mehr der übliche SED-Funktionär, der am Runden Tisch nette Reden hielt, die sich wenig unterschieden von vielen anderen Reden dort, sodass die SED als Faktor gar nicht mehr wahrgenommen wurde. Aber Gysi hatte erkannt, dass man mit den ersten sichtbar werdenden Nazis in der DDR Politik machen konnte. In der Silvesternacht wurde das sowjetische Ehrenmal beschmiert. Von Rechten. Daraufhin fand zwei Tage später eine große Kundgebung von 250000 Leuten am Ehrenmal statt, wo die versammelte SED wieder als geschlossener Block auftrat.

Auf Berliner Ebene geht so etwas schnell verloren. Wir müssen uns diesen Prozess aber in einer Mittel- oder Kleinstadt vorstellen. Da traten auf einmal wieder der alte Bürgermeister, der alte Polizeichef, der Stasichef, der alte Parteisekretär als Block mit den SED-Leuten in Erscheinung, die waren alle wieder da? und die Masse gerade der ArbeiterInnen hatte Angst vor der Rückkehr des *ancien régime*. Verbunden mit der Auseinandersetzung am Runden Tisch griff jetzt die Angst um sich, dass es wieder rückwärts geht, die SED-Herrschaft zurückkommt.

Diese Angst war das Einfallstor dafür, dass die antisozialistischen Parolen von Kohl jetzt greifen konnten. Verbunden mit der sozialen Perspektivlosigkeit der DDR machte sich

nun die Stimmung breit: Ach, es hat doch alles keinen Sinn mehr. Anschlussstimmung, gepaart mit immer mehr Antisozialismus, griff insbesondere in den Betrieben immer weiter um sich und begann, alle anderen Prozesse zu überlagern.

Im Dezember, als die Macht auf der Straße gelegen hatte, hatte sich die Opposition unwillig und unfähig gezeigt, sie aufzuheben und den Menschen eine politische Perspektive zu geben. Das rächte sich jetzt.

Wie hätte sie sie aufheben können?

Indem sie eine eigene Regierung bildete. Die Modrow-Regierung war in den Augen der Massen desavouiert. Es gab damals Angebote aus den Betrieben an das Neue Forum ? das waren die einzigen, die aufgrund ihrer Organisationsstruktur einen Generalstreik hätten organisieren können: Wir treten für euch in den Streik. Aber das Neue Forum hat das ignoriert.

Wer hat das Angebot gemacht?

Das kam vor allem von den Magdeburgern, vom Schwermaschinenbaukombinat Ernst Thälmann (SKET), dem größten Betrieb der DDR, aber auch anderen. Auch im Januar standen mehr als 100000 Beschäftigte bereit, für die Opposition gegen Modrow zu streiken. Im Kampf gegen das Regime, gegen die Stasi war die Opposition nützlich, aber als politische Führung mit einer Perspektive für eine stabile neue DDR hat sie versagt.

Diesen Punkt müssen wir genauer aufdröseln. Du sagst, da standen Leute in den Betrieben bereit. Über welche Strukturen ist das gelaufen? Wie waren die vernetzt? Hatten die Verbindung zu euch?

Naja, wer ist «wir». Die Kräfte der Opposition waren sehr zersplittert, die wichtigsten und stärksten waren das Neue Forum und die SDP (die Sozialdemokratische Partei), die hatten das Sagen in den meisten Betriebsinitiativen. Die Vereinigte Linke war an wenigen Orten relativ stark, was die betriebliche Seite angeht. Aber die SKET-KollegInnen kamen einfach zum Runden Tisch, zum Neuen Forum, das war ja alles unkompliziert, verfestigte Strukturen gab es ja nicht, die machten ihr Angebot und sagten: Leute, jetzt ist der Moment, wo es gilt. Gleichzeitig fanden permanent Demos statt, die entwickelten sich zu öffentlichen Foren. Der Pastor moderierte, dann wurde diskutiert: Was machen wir? Wenn Modrow nicht auf die Stasi-Nachfolge verzichtet, treten wir in den Streik.

Die Magdeburger konnten nur für sich reden?

Die konnten nur für sich reden, eine überbetriebliche Koordinierung gab es nur in wenigen Regionen. Aber SKET in Magdeburg war ein Riesenbetrieb mit Zehntausenden Beschäftigten, SKET war Magdeburg! In Chemnitz gab es eine überbetriebliche Koordination, die nannte sich «Rat der Werktätigen» ? nicht Arbeiterrat ?, da kamen Leute aus den Betrieben und aus den verschiedenen Bürgerbewegungen inklusive der VL zusammen. In Halle war das Treffen der Betriebsräteinitiativen von der VL initiiert, in Leipzig gab es das Bürgerkomitee, das wiederum Betriebsräteinitiativen, betriebliche Gewerkschaftsinitiativen koordinierte, in Dresden war's wieder das Neue Forum, da war die VL auch dabei. In Berlin gab es die Betriebsrätekoordination der VL und die Treffen der Initiative für Unabhängige Gewerkschaften. Das war es im Prinzip an überbetrieblichen Strukturen.

All diese Strukturen haben sich nach dem 9.November gebildet?

Ja. Das war natürlich alles nicht koordiniert, es gab keine zentrale ideologische oder gar organisatorische Gruppe, die das vorantrieb, die einen haben eine unabhängige Gewerkschaft gegründet, die anderen haben ihre Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) abgesetzt und eine demokratische BGL gewählt, andere wiederum haben eine Betriebsräteinitiative gegründet. Aber es gab auch runde Tische in den Betrieben. Die einen schufen gewissermaßen eine Doppelherrschaft im Betrieb, wie sie mit dem zentralen Runden Tisch bestand. Andere hatten eher einen Rätecharakter ? also es war eine bunte, wilde Mischung, die sich eben noch nicht verfestigt hatte.

Wenn du sagst, die Opposition hat versagt, meinst du dann alle in gleicher Weise?

Ja, alle. Vielleicht nicht ganz in der gleichen Weise. In Sachen Machtkonzeption betraf es die VL noch am wenigsten, doch damit waren wir ja leider grandios gescheitert. Schon im Oktober hatte die Böhlener Plattform einen ganz anderen Weg vorgeschlagen als den, der sich dann am Runden Tisch durchsetzte. Wir plädierten für eine Art Rätekongress, bedienten uns aber nicht dieser Traditionssprache, sondern wir schlugen vor, dass die Beschäftigten in allen Betrieben und Einrichtungen unabhängige Kommissionen und Belegschaftsinitiativen gründen sollten, um dann ihre Delegierten zu einem Kongress zu schicken. Dort hätten die verschiedenen oppositionellen Gruppen und die ReformInnen der SED ihre Konzepte vorstellen können. Der Kongress sollte entscheiden, in welche Richtung es zu gehen hätte.

Auf diesen Vorschlag sind wir später zurückgekommen, als sich die Bürgerkomitees zur Auflösung der Staatssicherheit gründeten. Da haben wir immer wieder gesagt: Das ist die Basis für eine neue demokratische DDR, die von unten geschaffen wird. Doch das Gros der anderen Bürgerbewegungen sah sich verpflichtet, auf einen parlamentarischen Wahltermin hinzuarbeiten. Bis dahin wollten sie den Prozess nur moderieren und aushandeln, dass alles friedlich bleibt.

Die Wahrheit ist, dass sie trotz allen Geredes über Basisdemokratie dem Repräsentativsystem und dem Reformismus verpflichtet blieben, ganz im Geiste des kleinbürgerlichen Sozialismus von 1848. Allerdings mit mehr Rechten für Bürgerinitiativen, als sie der westdeutsche Parteienstaat zubilligte. Und in der Situation, als die Macht auf der Straße lag, haben sie eben nicht auf die basisdemokratische Selbstorganisation der Bevölkerung und eine darauf gegründete eigene Regierung gesetzt und somit auch keine politische Perspektive für eine solche DDR geboten. Die VL aber hat lediglich auf dem Papier einen solchen Ausweg gezeigt, doch mit ein paar subkulturellen HausbesetzerInnen, übertrieben gesagt, boten wir natürlich keine reale Perspektive, die die arbeitenden Massen überzeugen konnte ? und eben auch nicht überzeugt hat. Die DDR war als späte Industriegesellschaft gerade eine Gesellschaft der traditionellen Arbeiterklasse, während sich im radikalen Flügel der DDR-Opposition, bei der VL, viele sogenannte AussteigerInnen einfanden.

Der entscheidende Punkt aber war, dass die VL als vereinigte Linke nicht wirklich zustande gekommen ist. Sie hieß zwar dank unserer aktivistischen FreundInnen ab Januar «Vereinigte Linke» und umfasste auch ein breites Spektrum: von Links- und SelbstverwaltungssozialistInnen, die in Westdeutschland auch in der SPD hätten sein können, über antistalinistische kommunistische Strömungen jeglicher Art bis hin zu Autonomen und Anarchos ? das gesamte Spektrum von linken Linken. Aber es waren immer nur Splittergruppen. Faktisch waren wir eine Art Kindergarten der Bürgerbewegung. Ein paar ältere, so um Ende 30, haben den Laden gegründet und eine wichtige Rolle gespielt, aber es waren vor allen Dingen Jugendliche und jugendliche Subkulturen, die ganz stark in der VL vertreten waren. Offiziell haben wir zwar von Betrieben geredet, aber der Flügel, der in dieser Beziehung etwas tun konnte, war der schwächste in der VL. Das Gros der sozialistischen Linken befand sich eben außerhalb der VL.

Nach westdeutschen Maßstäben kann das Gros der Bürgerbewegungen im Herbst '89 als links bezeichnet werden. Der Einbruch des Antisozialismus erfolgte erst später.